

Antrag
der Fraktion der CDU/CSU

betr. Gesetz zu Artikel 131 GG.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, gegenüber den bisher im Gesetz zu Artikel 131 GG getroffenen Regelungen, insbesondere hinsichtlich der in Kriegsgefangenschaft zurückgehaltenen Soldaten, folgende Änderungen gesetzlich vorzusehen:

Es werden ausbezahlt:

1. für verheiratete und diesen besoldungsrechtlich gleichgestellte Beamte und Soldaten für die Zeit vom 1. April 1951 an die vollen jeweiligen Dienstbezüge,
2. für ledige Beamte und Soldaten für die Zeit vom 1. April 1951 an 50 v.H. der jeweiligen Dienstbezüge,
3. Kinderzuschläge nach den allgemeinen Vorschriften des Besoldungsrechtes in voller Höhe.

Bonn, den 27. Mai 1952

Strauß
Dr. Wuermeling
Etzel (Duisburg)
Dr. von Brentano und Fraktion